Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.

Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11-½1 Uhr Mittags.

Anzeigentarif. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; Doppelzeile „unterm Strich“ (Eingesandt) 40 Pf., Grundzeile für Montage oder nach Feiertagen 20 Pf., für Familiennachrichten 15 Pf. bez. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.

Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15, empfiehlt in grösster Auswahl: **Eiserne Oefen** und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Erfolg grossartig! HELIX-REFORM-SEIFE für Toilette, Bad u. Reise unentbehrlich. Nicht klebend. D. R. G. M.

Gewissenhaft, mässige Preise. **Patent-Bureau Reichelt, Dresden-N., Hauptstr. 4.** Erwirkg. und Verwerth. in all. Staaten, Marken-Muster und Gebrauchs-Muster-Schutz. Musterausstellung. Auskunft kostenlos. Fernsp. Amt II. Nr. 30. Inhaber: **Emil Reichelt,** Ing. u. Patent-Anw.

Mineralwässer, künstliche und natürliche, garantirt diesjährige Füllung. Im inneren Stadtkreise freie Zusendung, nach ausserhalb prompt unter niedrigster Verpackungs-Spesenberechnung. **Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor,** und **Pillnitz.**

Grosses Lager! **Garten-Schläuche** Altrenommirte Qualitäten zu den billigsten Preisen, in schwarzem oder roth Gummi, auch mit Drahtschutz-Spirale aussen, auch m. aus Hanf oder Hanf gummirt. **Reinhardt Leupolt, Dresden-A.** Wettinerstr. 14. Telephon 185.

Waisenhausstrasse 34. ✦ L. Weidig. ✦ Waisenhausstrasse 34. Wegen vorgerückter Saison **bedeutende Preisermässigung** meines grossen Lagers elegant garnirter Damenhüte.

Nr. 202. **Spiegel:** Vereinsgesetznovelle. Hofnachrichten. Schulärzte. Centrale Heiz- und Beleuchtungsanlage. Paulinerjubiläum. Von der Ostsee. Gerichtsverhandlungen. Internationale Kunstausstellung. | Muthmaßliche Witterung: Weniger Niederschläge. | **Freitag, 23. Juli.**

Für den Monat August

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten“** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle Marienstr. 38 und bei unseren Neben-Annahmestellen zu **90 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 85 Kreuzern angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“.

Im Laufe des Monat August wird in unserer „Belletristischen Beilage“ mit dem Abdrucke des Romans

„Die Erlkönigin“

von

Nataly von Eschstruth

begonnen.

Politisches.

Nachdem gestern bereits das preußische Herrenhaus wieder zusammengetreten ist, um die zweite, von der Verfassung vorgeschriebene Abstimmung über die Vereinsgesetznovelle vorzunehmen, folgt der ersten Kammer heute das Abgeordnetenhaus in der Wiederaufnahme der Geschäfte. Zunächst stehen aber nur Sachen von untergeordneter Bedeutung auf der Tagesordnung. Der Hauptschlag wird erst morgen erfolgen, wo das entscheidende Wort über den Vereinsgesetzentwurf des Herrenhauses gesprochen werden wird. Es soll keineswegs verkannt werden, daß höchstwahrscheinlich der Fall der Vorlage unabwendbar ist. Dennoch ist es ein Gebot nationaler Pflicht, daß die inmitten der jetzigen innerpolitischen Wirren einsichtig und besonnen gebliebenen patriotischen Politiker, die auf einer höheren Warte als auf der Zinne der Partei stehen, sich durch keine Furcht vor Gunst oder Ungunst von links oder rechts her abhalten lassen, ihre Meinung frei zu bekennen und denen, die nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung auf solchem Wege sich befinden, auch offen und ehrlich zu sagen, was sie denken. Worauf es bei der vorliegenden Frage vor Allem ankommt, das ist, den Schein von dem Wesen zu säubern und den guten, heilsamen Kern der Sache von seiner unheilvollen Verquickung mit parteipolitischen Schlagworten und tendenziösen Zuthaten zu befreien. Deshalb muß noch einmal mit aller Schärfe festgestellt werden, daß es den Standpunkt völlig verschieben heißt, wenn man der Vorlage in ihrer vom Herrenhause genehmigten Fassung eine „reaktionäre“ — es giebt wohl kaum einen anderen Begriff, der in gleichem Maße ausschweifenden Verdrehungen und Entstellungen ausgesetzt wäre —, der berechtigten politischen Freiheit gefährliche Wirkung unterschiebt. Nicht einmal nach der Seite der Arbeiterschaft selbst hin ist dies der Fall, soweit sie in staatserhaltenden Bahnen wandelt. Mit nichten will die Novelle die politische Bewegungsfreiheit der Arbeiter als solcher knebeln und ihnen die Wahrnehmung ihrer berechtigten wirthschaftlichen Interessen unmöglich machen oder auch nur erschweren. Was beabsichtigt wird, ist lediglich die Errichtung einer besser als bisher zulänglichen gesetzlichen Schutzwehr gegen die planmäßige Verhöhnung alles dessen, was unserem Volk heilig und theuer ist, durch die berufsmäßigen Hetzapostel der revolutionären Sozialdemokratie.

Um die Möglichkeit einer Mißdeutung nach dieser Richtung auszuschließen, hat ja gerade das preußische Herrenhaus die ursprüngliche Regierungsfassung des Entwurfs einer gründlichen Aenderung unterzogen. Das **Herrenhaus** hat also dadurch, daß es den Entwurf ausdrücklich auf sozialdemokratische und anarchistische Bestrebungen münzte, **gerade im Interesse der allgemeinen politischen Freiheit** gehandelt, indem es die nach der Regierungsvorlage bestehende Gefahr einer mißbräuchlichen Anwendung des Gesetzes auf die Bethätigung der nichtsozialdemokratischen Opposition und Kritik beseitigte. Was soll es hiernach heißen, wenn die „Köln. Ztg.“ am Vorabend der Entscheidung, angesichts der Kundgebungen eines Theils der rheinischen Industrie zu Gunsten der Novelle, von „feudalisirten Fabrikanten“ spricht und erklärt, die richtige Taktik wäre gewesen, wenn umgekehrt die gesammte Industrie einen Druck auf das Herrenhaus im Sinne einer „liberalen“ Fassung des Gesetzes ausgeübt hätte. Man versteht wirklich nicht recht, was der Ausdruck „liberale Fassung“ in diesem Zusammenhange bedeuten soll. Etwa soviel wie vollständige Freiheit für die revolutionären Ausschreitungen in Schrift und Wort? Jede Fiber sträubt sich gegen die Annahme, daß eine solche Begriffsverwirrung auch nur bei einem Theil der Träger der gemäßigt liberalen Weltanschauung eingerissen sein könnte. Nur politischer Fanatismus wäre im Stande, die klare patriotische Einsicht so zu verdunkeln. Die ungeheure Mehrheit der Politiker aber, um die es sich hier handelt, wurzelt mit ihrer besten Kraft zu fest im vaterländischen Boden, als daß sie dauernd durch politische Verstimmungen ihm entfremdet werden könnte. Deshalb darf selbst in dem Fall, daß die preußischen Nationalliberalen, in der Meinung, ihre politische Ehre sei unwiderruflich engagirt, die Vereinsgesetznovelle dieses Mal zu Fall bringen, die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß dennoch in absehbarer Zeit ein ehrenvoller Friede unter den jetzt erbittert kämpfenden Parteien zu Stande kommt. Die ganze innerpolitische Situation in Preußen leidet zur Zeit an der mangelnden Lösung des Problems, wie die Diagonale des Parallelogramms der zusammenwirkenden Kräfte von Industrie, Handel und Landwirthschaft zu finden sei. Darin liegt auch die tiefere Ursache der feindseligen Haltung des preußischen Liberalismus gegenüber der Vereinsgesetznovelle. Der vaterländische und Ordnungsgedanke verlangt aber dringend die unverzügliche Anbahnung eines gegenseitigen Einvernehmens auf dem bezeichneten Gebiete, damit der geschlossene Kampf aller Ordnungsfreunde gegen die Sozialdemokratie, der das nächste und wichtigste Erforderniß der inneren Politik bildet, mit vollem Nachdruck geführt werde. Der gemäßigte preußische Liberalismus würde sich selbst verleugnen, wenn er, allen sozialrevolutionären Sturmzeichen zum Trotz, bei einer Politik der gekränkten Gefühle beharren wollte, die von den „Hamb. Nachr.“ scharf aber treffend dahin gekennzeichnet wird: „Der Kriegsruf „Bürgerthum gegen Agrarier und Junker!“ anstatt gegen die Sozialdemokratie enthält eine Fälschung der inneren Situation und ihrer Gefahr, wie sie leichtsinniger und frivoler nicht zu denken ist.“ Das Vaterland hat nach der geschichtlichen Vergangenheit des Nationalliberalismus ein Recht, von ihm zu erwarten, daß er eine schwache Stunde als solche erkennen und in Zukunft mit erneuter Kraft seine patriotische Schuldigkeit thun werde. Wenn dabei Opfer, zum Theil vielleicht schwerer Art, an den besonderen parteipolitischen Wünschen und Neigungen gebracht werden müssen, so möge der gemäßigte Liberalismus dafür seine Entschädigung suchen und finden in dem erhebenden Bewußtsein treuer Erfüllung der nationalen Pflicht, die dem großen Ganzen hundertfältige Frucht bringt.

Unerquicklich wie die Aeußerungen der augenblicklichen gereizten und verärgerten Stimmung des preußischen Liberalismus, sind auch gewisse parteipolitische Auseinandersetzungen, die sich seit einiger Zeit zwischen den preußischen Konservativen und dem Bunde der Landwirthe vollziehen. Den Anfang machte das Organ des Bundes mit der polemischen Bemerkung, „der Bund sei bisher keine Kommandite der konservativen Firma gewesen und werde es auch in Zukunft nicht sein.“ Den Anlaß dazu hatte eine übrigens ganz sachgemäß gehaltene Aeußerung in konservativen Blättern über das Verhältniß des Bundes zu den Antisemiten gegeben. Es war einfach gesagt worden, das neuerlich von dem Bunde beliebte Entgegenkommen gegen die antisemitischen Kandidaturen auf Kosten der Konservativen entspreche nicht den bisherigen Gepflogenheiten des Bundes. Die Anzapfung des Bundesorgans rief eine ziemlich kategorische Gegenerklärung der „Konservativen Korrespondenz“ hervor, in der seitens der konservativen Partei der „entschiedene und unabweisbare Anspruch“ erhoben wird, daß der Bund im Interesse der landwirthschaftlichen Sache antisemitische Einbruchsversuche nicht nur nicht begünstige, sondern unzweideutig dagegen Stellung nehme. Weiter heißt es in der Kundgebung: Unleugbar bestehe der bei Weitem größte Theil der zur Bundeskasse steuernden Mitglieder aus Konservativen, und diese berühre es eigenthümlich, daß die Bundespresse sich jedesmal scharf gegen die konservative Partei wende, wenn diese ihre berechtigten Ansprüche geltend mache, dagegen über die Aspirationen und Andrängelungen der Antisemiten, die den Frieden in den Wahlkreisen störten, kein Wort verliere. Zum Schluß wird eine energische Reaktion seitens der Konservativen gegen das gerügte Verfahren des Bundes in Aussicht gestellt.

Es wäre ein rechtes Unglück, wenn die kommenden Wahlen im Schatten dieses Zwistes zwischen konservativer Partei und Bund der Landwirthe ausgefochten werden sollten. Den Vortheil davon hätten lediglich die radikalen Nachtfalter aller Schattirungen, und nicht zum Mindesten die politischen Drohnen vom Schlage der Herren Zimmermann und Genossen, die sich wohl jetzt schon im Stillen die Hände reiben bei der Aussicht, daß die häuslichen Streiter innerhalb des Konservatismus die radikal-antisemitischen Geschäfte wider Willen zu betreiben im Begriff stehen. In der That, der innere Wirrwarr kann kaum noch größer werden, als er bereits ist. Trotzdem heißt es, den Kopf oben behalten und nicht verzagen. Das Eine steht doch fest und außer Zweifel, daß die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes in dem Reiche, wie es Bismarck's großer Genius geschaffen hat, die unverrückbare Grundlage der gesammten nationalen Existenz sieht. Diese unerschütterliche Ueberzeugung ist der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, dem schließlich das ganze Dichten und Trachten unserer nationalen Politiker, allen sonstigen Wirrnissen zum Trotz, immer wieder zustrebt und an dem auch die nationalen Parteien im rechten Augenblick den Halt wieder finden werden, der ihnen in der heutigen Zeiten Ungunst vorübergehend verloren zu gehen droht.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 22. Juli.

* **Berlin.** Graf Ernst zur Lippe-Biesterfeld berief den bei dem Oberpräsidium Danzig thätigen Regierungsrath v. Wischkau zum Lippeschen Kabinetsminister. — Der Direktor der Hamburger Sternwarte, Professor Neumayer, glaubt, daß die angebliche Andree'sche Brieftaube auf Mystifikation beruht.

* **Rom.** Die Nachricht, Visconti Venosta und der englische Botschafter hätten das Protokoll bezüglich Kassalas unterzeichnet, bestätigt sich nicht. Ein offiziöses Resumé auf die Mission Nerazzini's bezügliche Nachrichten veröffentlicht: Menelik schlägt eine bessere Grenze vor. Inzwischen soll der territoriale Status unverändert bleiben unter der Garantie absoluter Sicherheit und Ruhe seitens Tigres. Der Abschluß des Handelsvertrags ist verabredet worden mit der Befugniß für Italien, dauernd eine diplomatische Vertretung an Menelik's Hof zu haben. Die italienischen Besitzungen in Benadir mit Statio Logh sollen gegen jeden Raubzug gesichert sein.

* **Konstantinopel.** Die Pforte gab eine von den Botschaftern verlangte Erklärung dahin ab, daß sie die von den Militär-Attachés der Botschaften vorgeschlagene Grenze gegen Thessalien annimmt.

Berlin. Kaiser Wilhelm trifft am 12. September über Wien in Pest ein, wo er nebst dem österreichischen Kaiser und dem König von Sachsen im gräflich Esterhazy'schen Schlosse Quartier nehmen und den großen Manövern beiwohnen wird. Am 14. September begeben sich die Monarchen auf das Jagdschloß des Erzherzogs Friedrich im Baranyer Komitat, wo am 15. September Hirschjagd stattfindet. Am 16. September erfolgt die Abreise Kaiser Wilhelm's nach Pest, wo ihm zu Ehren eine Reihe glänzender Feste seitens der Stadt arrangirt werden.

Berlin. Die Rückkehr des Kaisers wird in Kiel am 30. resp. 31. Juli erwartet. — Fürst Bismarck ist zwar besten Wohlseins, doch sind alle Reisepläne aufgegeben; derselbe geht auch nicht nach Varzin.

Berlin. Der Minister des früheren Regenten zu Lippe, Graf Oeynhausen, rechtfertigt in der „Lippeschen Post“ die Bekanntgabe des an den Prinzen Adolf gerichteten kaiserlichen Telegramms. Die Behauptung, das Telegramm könne als eine Kritik des Schiedsgerichts aufgefaßt werden, sei geradezu absurd.

Berlin. Der Antrag des Staatsanwalts auf Strafverfolgung der Magdeburger „Volksstimme“ wegen der in einem Artikel gebrauchten Ausdrücke „Lausejungen“, „dumme Jungen“ wurde heute der Geschäftsordnungskommission des Herrenhauses überwiesen. — Der amtliche „Reichsanzeiger“ erklärt bündig, das vom Bunde der Landwirthe in einer Eingabe an den Reichskanzler beantragte zeitweilige Getreideeinfuhrverbot würde mit den bestehenden Handelsverträgen nicht vereinbar sein, schon aus diesem Grunde werde dem Antrage nicht stattgegeben werden.

Berlin. Wie verlautet, wird der frühere Minister v. Köller am 1. Oktober das Amt eines Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein antreten. — Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft haben sich in ihrer heutigen Sitzung dahin schlüssig gemacht, das Ersuchen des Handelsministers, ihm Sachverständige zur Feststellung der maßgebenden Getreidenotirungen vorzuschlagen, damit zu beantworten, daß sich 12 Interessenten des Getreidehandels als Sachverständige nennen. — Weiter wurde ein Steinträger Namens Thien von anderen Arbeitern gesucht. Thien hatte am Abend vorher von dem Polier eine Zulage verlangt und drohend hinzugefügt, daß sämmtliche Arbeiter die Arbeit niederlegen würden. Daraufhin war er sofort entlassen worden. Am nächsten Morgen kam er wieder, stieß Drohungen gegen den Polier aus und stieß dem Bauarbeiter Schleusener, als dieser eben von der Straße aus eine Leiter besteigen wollte, mit den Worten: „Du bist auch eine solche Canaille!“ sein Messer zweimal in den Rücken. Der Angegriffene rief um Hilfe. Die anderen Arbeiter eilten herbei und brachten den Gestochenen auf die Unfallstation, sodann ergriffen sie den Thäter, zogen ihn in einen Neubau hinein und bearbeiteten ihn mit Knütteln und Spatenstielen derart, daß er bewußtlos zusammenbrach. So wurde er von der Polizei aufgefunden.

Berlin. Staatssekretär Freiherr v. Marschall reichte seine Entlassung ein und wird den Botschafterposten in Rom oder Konstantinopel erhalten, ebenso erhält Unterstaatssekretär v. Rotenhan einen Botschafterposten. Staatssekretär Bötticher dürfte Anfang 1898 das Oberpräsidium der Provinz Sachsen übernehmen.

Berlin. Aus parlamentarischen Kreisen wird geschrieben: Die Aussichten bezüglich der Novelle zum Vereinsgesetze im Abgeordnetenhause sind auch heute, kurz vor der entscheidenden Abstimmung, noch unsicher, in parlamentarischen Kreisen wird aber angenommen, daß die Ablehnung der Fassung des Herrenhauses eintreten dürfte. Die Berathung am Sonnabend wird ganz im Rahmen jeder dritten Berathung stattfinden, also General- und Spezialdiskussion mit eventueller Stellung von Anträgen. Die Staatsregierung wird für die Beschlüsse im Herrenhause eintreten. Der Vicepräsident des Staatsministeriums Dr. v. Miquel wird zum ersten Male in seiner neuen Stellung das Wort ergreifen, um sich namentlich gegen die Opposition seiner früheren Parteigenossen zu wenden.

Berlin. Der im vorigen Jahre in Charlottenburg beobachtete Lepra-Fall ist nunmehr zur vollständigen Heilung gelangt. Es handelte sich um eine 43jährige Frau, eine Deutsche, die etwa 30 Jahre in Brasilien gelebt und dort vor 10 Jahren den Keim der Krankheit in sich aufgenommen hatte.

Hamburg. Der hiesige Seemannsverein richtete die Bitte an die Reichsregierung, die Anstellung von Chinesen auf deutschen Schiffen zu verbieten, da die Kommandos von den Chinesen nicht verstanden würden, wodurch Unglücksfälle hervorgerufen werden könnten.

Breslau. Da durch die Einstellung der von der Handelskammer bewirkten Detailnotirungen der Rapshandel Schlesiens empfindlich gestört, beschloß die Landwirthschaftskammer, täglich die Breslauer Rapspreise zu ermitteln und zu veröffentlichen.

Königsberg. Der Sohn des hiesigen, voriges Jahr verstorbenen Landschaftsmalers Julius Monion, der das Technikum in Ilmenau besuchte, hatte sich bei einem Rad-Ausfluge auf ein abschüssiges Feld gewagt und stürzte in die Tiefe. Er wurde zwar noch lebend aufgefunden, verschied aber bald.

Meiningen. Der Abg. Paasche ward von den hiesigen Nationalliberalen gedrängt, im Abgeordnetenhause für die Herrenhausbeschlüsse zur Vereinsnovelle zu stimmen und ein Bündniß mit den Konservativen und dem Bunde der Landwirthe zu empfehlen.

Wien. Wie von gutunterrichteter Seite mitgetheilt wird, ist die Hartnäckigkeit des Sultans in der Grenzfrage erst dann gewichen, als die Berichte seiner Botschafter keinen Zweifel über die diesmalige Festigkeit des europäischen Concerts zuließen. Sowohl hier wie in Berlin hatte man den Vertretern der Türkei ernstliche Ermahnungen zukommen lassen und auf die Isolirung der Türkei und die aus der Haltung der Pforte nothwendiger Weise entstehenden Gefahren aufmerksam gemacht. Die Botschafter berichteten in diesem Sinne, worauf endlich die Meinungsänderung des Sultans erfolgte.

Triest. Der Maler Hohenberger, der wegen Gehirnerschütterung sich im Spital in Pflege befand, stürzte sich aus dem Korridorfenster des 2. Stockes in den Spitalgarten und war sofort todt.

Paris. Der Kommandeur des 1. Armeecorps Delrance stürzte bei der Regimentsbesichtigung in Arras mit dem Pferde und brach den linken Fuß. — An der Küste von Algier herrscht furchtbare Hitze.

London. Der zuerst hier verspottete Widerstand der Telegraphenbeamten gegen das internationale Postmeisteramt wegen schlechter Bezahlung, schlechter Beförderung und der Forderung von Ueberstundenarbeit haben recht interessante Formen angenommen.

Meine Frau sagt: **Triumph-Seife** ist doch die beste — für Wäsche und Haushalt.